**Bezugsgebühr:** Vierteljährlich für Dresden bei täglich mehrmaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Für den Bezug von Dresden und Umgegend am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

SULIMA Matrapas Feinste Cigarette zu 2½-10 Pf. pr. Stück

**Anzeigen-Tarif.**

Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pfg. Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 80 Pfg.; als Eingesandt 3spaltige Zeile von Dresdner Aufgabeort 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 3spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Aufgabeort 1 Mk., von auswärtigen 1.50 Mk., Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

**Nähr-Cacao**
Marke Milkelmalz. Erhöhter Nährwert durch Beifügung von Milch, Eiweiss und Malzextrakt. Pfund nur 160 Pfg. beim
**Chocoladen-Hering.**

**Aug. Reinhardt**
**9 Seestrasse 9.**
Bewährte Präzisions- und kurante Uhren.
Spezialität: Eigenes Fabrikat.
Lager feinster Uhrketten und Ringe.

**Julius Schädlich**
Am See 16, part. u. I. Et.
**Beleuchtungs-Gegenstände**
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Med.-Rat **Dr. Küchenmeisters Wurm-Präparate** zeichnen sich vor vielen anderen Mitteln dadurch aus, dass sie nicht bloss Maden-, Spul- u. Bandwürmer vollständig abtreiben, sondern auch deren Brut u. sonstige Darmschmarotzer absolut sicher vernichten. Alleinverkauf und Versand nach auswärts.
**Salomonis-Apotheke**
Dresden-A., Neumarkt 8.



## Das russische Pseudoparlament.

Die schon lange angekündigte Erklärung des Kabinetts Stolypin über die neuen Richtlinien der russischen Regierungspolitik ist vorgestern in der Reichsduma abgegeben worden. Sie wäre bereits früher erfolgt, wenn nicht allerlei unerwartete Ereignisse hindernd dazwischengetreten wären, zuletzt noch der famose Deckeneinsturz im Sitzungssaale des Taurischen Palais, wo die russische Volksvertretung ihre Beratungen abhält. Zum Glück ereignete sich der Unfall vor Eröffnung der Sitzung; wenige Stunden später hätte er zu einer schweren Katastrophe führen müssen. Man kann sich leicht vorstellen, daß dieser bedauerliche Vorfall die Gemüter der Dumaabgeordneten nicht gerade freundlich gestimmt hat, aber die Regierung kann doch im Ernst nicht direkt dafür verantwortlich gemacht werden, daß die eigens zum Umbau des Taurischen Palastes eingesetzte amtliche Baukommission so leichtsinnig ihres Amtes gewaltet hat. Die Untersuchung hat Dinge ans Tageslicht gezogen, die unwillkürlich an die bekannte „russische Wirtschaft" erinnern: angefaulte Bauhölzer, schlechte Verbindungsteile und eine in jeder Hinsicht saloppe technische Schlendriansarbeit haben dazu beigetragen, daß unter dem Schutt der eingestürzten Steinmassen nahezu 1 Million Rubel aufgewendeter Umbaukosten verloren liegen. Die allgemeine Stimmung, auf die die Regierungserklärung bei den Volksvertretern traf, war also denkbar ungünstig. Von der größeren Mehrzahl wurden die Ausführungen Stolypins mit eisigem Schweigen entgegengenommen und nur die Rechte gab einigen demonstrativen Beifall kund. Wenn man das an anderer Stelle des Blattes bereits mitgeteilte Programm des russischen Ministeriums unbefangen auf sich wirken läßt, so kann man ihm — selbst mit westeuropäischem Maßstab gemessen — die volle Anerkennung nicht versagen. Um so wunderbarer mutet es deshalb an, wenn man sieht, wie es der neuen Duma auch positiven vernünftigen Vorschlägen gegenüber an jedem Entgegenkommen und an jedem Willen zu ernster Mitarbeit zur Gesundung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens im Zarenreiche fehlt. Wir haben seinerzeit, als die neue russische Volksvertretung in Petersburg zusammentrat, die entscheidende Frage aufgeworfen: Wird sie arbeiten oder nicht; wird sie in die unfruchtbare Nörgelei und Kritikasterei der alten Duma unseligen Andenkens verfallen oder sich positiv-schaffend am Neuaufbau des modernisierten russischen Staatsorganismus beteiligen? Unser Pessimismus scheint Recht bekommen zu sollen, denn die Art der Aufnahme der Regierungserklärung in der Reichsduma eröffnet nur allzu trübe Aussichten für die Zukunft, und diejenigen dürften richtig prophezeien, die dem zweiten russischen Reichsparlament keine wesentlich längere Lebensfrist als dem ersten zusprechen. Die Bildungsdefekte, die politische Unreife und die parlamentarische Ungezogenheit der jetzigen Volksvertreter sind so groß, daß — um nur ein schlagendes Beispiel zu erwähnen — die linksstehenden Dumafraktionen schon den Beschluß gefaßt hatten, das Regierungsprogramm „mit Grabesschweigen zu ignorieren", als von seinem Inhalt auch noch nicht ein Sterbenswörtchen bekannt war. . . .

Mit so voreingenommenen, feindlich gesinnten Männern gedeihlich zum Wohle des Volkes zu arbeiten, ist für den Zaren und sein Ministerium eine überaus harte Geduldsprobe, besonders da beide maßgebende Faktoren den ernstesten Willen zu haben scheinen, die Verwirklichung der neuen Prinzipien energisch in die Hand zu nehmen. Trat im vorigen Jahre die russische Regierung ohne Gesetzesvorlagen, sozusagen mit leeren Händen, vor das erste Reichsparlament, so hat sie diesmal den Fehler nicht wiederholt, sondern fleißig verschiedene, von neuem Geiste erfüllte Gesetzentwürfe fertiggestellt, deren Verabschiedung ein Segen für das Land wäre. Stolypin hat feierlich erklärt, daß alle Regierungsmitglieder unter Zustimmung des Zaren von der unerschütterlichen Absicht beseelt seien, das alte Zarenreich — natürlich unter weiser Berücksichtigung des historisch gewordenen und der nationalen Eigenart — allmählich in einen konstitutionellen Staat umzuwandeln. Die Wege, die der russische Ministerpräsident wies, um in organischem Fortschritt zu diesem Ziele zu gelangen, sind etwa folgende: vor allem soll die Reorganisation des Bauernstandes energisch in die Hand genommen werden. Dazu sind vornehmlich vier Maßnahmen ins Auge gefaßt, die in besserer Landverteilung und Kreditgewährung an die Bauern, in ihrer Emanzipation von den Fesseln der bisherigen so drückenden Ausnahmestellung gegenüber den anderen Volksklassen, in möglichst weitgehender Selbstverwaltung der ländlichen Gemeinden und — last not least — in der Einführung des allgemeinen Volksschulunterrichts bestehen. Der letzte Punkt ist der einschneidendste, und Stolypin hat recht, wenn er in seiner großen vorgestrigen Erklärung ausführte, daß alle anderen Reformen sich nur auf dem Boden einer radikalen Umgestaltung des öffentlichen Unterrichtswesens in Rußland durchführen lassen. Das gelobte Land der Analphabeten soll die allgemeine obligatorische Volksschule erhalten: das sagt sich leicht hin, ist aber für die Weiterentwicklung unseres östlichen Nachbarreichs ein Schritt von ganz unermeßlicher Tragweite . . . Ebenso sieht das russische Regierungsprogramm eine lebhaftere Inangriffnahme der Arbeiterfrage vor; hier soll den Arbeitern wie den Arbeitgebern vollkommene Aktionsfreiheit in der Regelung ihrer Beziehungen zueinander gewährt werden, das Recht zu wirtschaftlichen Streiks und Aussperrungen wird eingeräumt mit der Maßgabe, daß die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet wird. Außerdem plant man sozialpolitische Maßnahmen, wie z. B. die Invaliden- und Krankenversicherung, Herabsetzung der Arbeitszeit und der Arbeit bei Nacht und unter Tage für Frauen und Kinder. Wichtiger als die angekündigte Justizreform ist das Versprechen der russischen Regierung, die Gewissensfreiheit, die Freiheit des Briefwechsels, die Unverletzlichkeit der Person und die religiöse Toleranz baldmöglichst durch liberal gehaltene Gesetze zu sichern und zu diesem Zweck ungesäumt in eine gründliche Revision aller jetzt noch zu Recht bestehenden Vorschriften zu treten. Von den vielen bislang bestehenden Ausnahmegesetzen soll sofort die vielverhaßte und zu mancher schauerlichen Willkür Veranlassung bietende administrative Verschickung fallen, andere sollen folgen . . .

Nicht minder wichtig ist der allgemeine Geist, der die Stolypinschen Ausführungen belebte und hoffen läßt, daß bei vernünftigem Zusammenwirken von Duma und Regierung eine Wiedergeburt Rußlands nicht allzu ferne liegt. Charakteristisch war schon der Umstand, daß der Ministerpräsident ruhig zugab, daß „Behörden bisweilen geneigt sind, ihre Macht zu mißbrauchen", gleichzeitig aber versicherte, allen hierauf bezüglichen begründeten Beschwerden der Duma unbedingt Rechnung tragen zu wollen. Was Stolypin weiter über die Freiheit der Religionsübung und des Konfessionswechsels in Rußland sprach und versprach, atmete den Geist der Toleranz und Versöhnlichkeit. Daß er daneben das altrussische „Prinzip des christlichen Staates", sowie die besondere Privilegierung der griechisch-orthodoxen Kirche betonte, ist weder verwunderlich noch bedenklich. Der Gesamteindruck der ministeriellen Erklärungen kann bei ruhig urteilenden Menschen weder durch verschiedentliche Verklausulierungen abgeschwächt werden (denn die geschichtlichen Forderungen Rußlands machen sie manchmal unvermeidlich!), noch durch die bittere Pille der Ankündigung neuer Steuern. Nach dem unglücklichen letzten Kriege und in Ansehung seiner neuen politischen Reformaufgaben sowie im Interesse der Erhaltung seiner militärischen Machtstellung braucht Rußland Geld, viel Geld. Es wird Sache gemeinsamer Beratungen zwischen Volksvertretung und Regierung sein, die neuen Lasten auf die richtigen, tragfähigen Schultern zu wälzen. Die Versprechungen Stolypins sind schon deshalb ernst zu nehmen, weil die wichtigeren gesetzgeberischen Materien fix und fertig zur Beratung für die Duma vorliegen. Hoffentlich sind die Auserwählten des russischen Volkes ebenso fleißig, um etwas Brauchbares zu stande zu bringen, etwas, was dem vielgeplagten russischen Reich endlich wieder auf die Beine hilft. Mit Hetzreden, wie sie der fanatische Sozialdemokrat Zereteli im Anschluß an Stolypins Erklärung hielt und die lediglich auf ebenso wüste wie unhaltbare Schimpfereien herauskommen, ist nichts getan. Herr Stolypin wehrte sich energisch gegen diese Töne des Hasses und erklärte gegenüber den maßlosen Angriffen auf ihn und seine Ministerkollegen sarkastisch, daß seines Wissens „die Duma nach dem Gesetze nicht aus Richtern und die Ministerbank nicht aus Angeklagten" bestehe. Will die neue Duma nicht in den Ruf eines absolut unfähigen Pseudoparlaments kommen, so muß sie endlich mit nutzlosen Reden aufhören, vor allem aber utopistischen und revolutionären Ideen den Rücken kehren, um sich der allein ersprießlichen und im Interesse des Landes dringend notwendigen gesetzgeberischen Arbeit zuzuwenden.

## Neueste Drahtmeldungen vom 20. März.

### Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatte)

Berlin. (Priv.-Tel). Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten wurden 318 Stimmzettel abgegeben, wovon 124 unbeschrieben waren. 180 lauten auf den Abgeordneten Kaempf, der somit wiedergewählt ist und die Wahl dankend annimmt. — Es folgt die zweite Beratung des Not-Etats für die Schutzgebiete pro April/Mai dieses Jahres. Die Vorlage gestattet für diese Monate die Verausgabung von je ein Zwölftel der im Etat pro 1906 festgestellten Summe einschließlich der nachbewilligten. Die Budgetkommission hat auf Antrag Semlers hinzugefügt, „soweit die pro 1907 geforderten Titelsummen niedriger sind, als die pro 1905, sollen nur je ein Zwölftel der niedrigeren Summen verausgabt werden dürfen. Auch seien Neubauten nicht vor Bewilligung des Hauptetats in Angriff zu nehmen." — Unterstaatssekretär Twele erklärt diesen Zusatzantrag für überflüssig, unter Umständen sogar schädlich und bittet denselben abzulehnen. Der Antrag gehe von der Voraussetzung aus, es könnte sonst für die zwei Monate vielleicht mehr ausgegeben werden, als der Etat für dieselben Zwecke für das ganze Jahr auswerfe. An sich sei diese Auffassung richtig, aber dieser Not-Etat für die Schutzgebiete sage in dieser Hinsicht nichts anderes, als der Not-Hauptetat. Es sei eine notwendige Konsequenz des Etatrechts, daß trotz dieses Not-Etats in der Fassung der Vorlage doch nicht mehr ausgegeben werden dürfe, als der ordentliche Etat auswerfe. Werde mehr ausgegeben, so bedürfe die betreffende Ausgabe als Etatüberschreitung der nachträglichen Bewilligung und des Nachweises ihrer Notwendigkeit. — Abg. Pachnicke (freis. Ver.) stellt fest, daß sich nach dieser Erklärung die Ansichten des Hauses und der Regierung decken. Seine Freunde stimmten für unveränderte Wiederherstellung der Vorlage. Nachdem noch Abg. Spahn (Zentr.), v. Richthofen (kons.) und Singer (Soz.) namens ihrer Freunde erklärt haben, auf den Zusatzantrag der Kommission kein Gewicht mehr zu legen, wird der Zusatzantrag einmütig fallen gelassen und die Vorlage unverändert genehmigt. Es folgt die dritte Beratung des Haupt-Notetats für April und Mai 1907. Auf Antrag der Blockparteien wird die bei der zweiten Lesung gestrichene Forderung für Erwerb des Grundstücks in der Französischen Straße in Berlin für Postzwecke genehmigt und im übrigen die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung definitiv genehmigt. — Die Vorlage betreffend den Kontingentfuß für landwirtschaftliche Brennereien wird in zweiter Lesung angenommen. — Auf der Tagesordnung stehen dann noch die Interpellationen über das Gruben-Unglück in Klein-Rosseln (Lothringen). — Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, daß er die Interpellation beantworten werde, aber erst nach einigen Tagen, da die Hinzuziehung eines technischen Beamten erforderlich sei, der jetzt in Lothringen weile. Damit ist dieser Gegenstand erledigt, die Tagesordnung erschöpft. — Präsident Graf Stolberg: „Meine Herren! Eine Nachricht in der Presse, daß die Polizei eine Versammlung, die im Reichstage stattgefunden, für anmeldepflichtig gehalten habe, hat mich veranlaßt, die Angelegenheit beim Reichskanzler zur Sprache zu bringen. Der Reichskanzler sagte zu, die Sache zu prüfen und mir dann Mitteilung zu machen. Diese Mitteilung ist mir soeben zugegangen. Der Reichskanzler schreibt: „Die Nachricht, daß die Polizei ein Einschreiten des Staatsanwalts beantragt habe, oder daß letztere Behörde eingeschritten sei, ist unzutreffend. Allerdings hat die Polizei Erwägungen darüber angestellt, ob es sich um eine Versammlung gehandelt habe, die nach den Bestimmungen des preußischen Vereins- und Versammlungsrechts anzumelden gewesen wäre. Sollte die Angelegenheit nicht ohnehin schon als erledigt zu betrachten sein, so wird die Polizei Eure Exzellenz vorher von dem Stande der Angelegenheit in Kenntnis setzen." Damit halte ich, meine Herren, den Gegenstand für erledigt." (Beifall.) — Der Präsident beraumt nunmehr um 4 Uhr 10 Minuten die nächste Sitzung an auf 4½ Uhr zur Erledigung der dritten Lesungen des Brausteuer-Vertrags mit Luxemburg, des Notetats für die Schutzgebiete und die Vorlage über den Brennerei-Kontingentfuß.

Gegen 4¾ Uhr wird die neue Sitzung eröffnet. Ohne jede Debatte werden vorstehende drei Lesungen in fünf Minuten erledigt. — Schluß nach 4¾ Uhr. — Nächste Sitzung: 10. April, 2 Uhr: Gebührentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal, zweite Lesung des Etats, und zwar Etat des Reichsamts des Innern.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der heutigen Beratung des Militäretats in der Budgetkommission des Reichstags wurde festgestellt, daß Jahre hindurch ein Etatstitel vom Reichstage bewilligt worden ist, der den etatrechtlichen Grundsätzen und Ansprüchen des Reichstags nicht entspricht. Es handelt sich um den Titel „Offiziere in besonderen Stellungen" mit der Unterabteilung: Offiziere in sonstigen besonderen Stellungen: 94 Stellen. Diese Stellen sind nicht voll besetzt; aus dem Ueberschuß des Fonds wurden die Ausgaben für den 18. Hauptmann bestritten, der von 1878 bis 1893 im Etat geführt, dann aber aufgehoben worden ist und, nachdem er seit einigen Jahren wieder allmählich zur Ausbildung der Reserveoffiziere eingeführt ist, nunmehr auch in den Etat gebracht wird. Da der Titel der Budgetkommission nicht überwiesen ist, konnte man an ihm nichts ändern. Der Unterstaatssekretär Twele sagte für den nächsten Etat eine andere Regelung zu.

### Koloniales.

Berlin. Amtliche Mitteilung. Oberst v. Deimling meldet unterm 19. ds., daß sich nunmehr auch Simon Coppers, der Kapitän der Franzmann-Hottentotten, der sich bisher in der für Truppen sehr schwer zugänglichen Kalahari abwartend verhielt, unterworfen hat. Am 3. März erschien vor seiner Werft bei Kowise-Kolk überraschend Major Pierer mit seiner Kompagnie, einem Ma-

**Pfunds** sterilisierte (homogene) **Kindermilch** Trockenfütterung
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 78/81